



John Kerry – der „europäische“ Kandidat?

von Axel Heck (ext.)

John Kerry, der Herausforderer von George W. Bush, ist in Europa, im Gegensatz zum amtierenden Präsidenten der USA, ausgesprochen beliebt. Seine Popularität wird unter anderem auf seine europäischen Wurzeln, seine liberale und multilaterale Einstellung zurückgeführt. Es ist aber kaum damit zu rechnen, dass ein Präsident Kerry einen grundlegend neuen Kurs in der amerikanischen Außenpolitik einschlägt.

Inhalt

1. Große Erwartungen	Seite 2
2. Kerry und Europa	Seite 2
3. Kerry der „Grüne“	Seite 3
4. Kerry und der Irak	Seite 3
5. Kerry und der Nahe Osten	Seite 3
6. Prognose	Seite 4

1. Große Erwartungen

Folgt man dem allgemeinen Tenor der europäischen Medien im derzeitigen US-Präsidentschaftswahlkampf, dürfte sich ein möglicher Wahlsieg Kerrys als Glücksfall für Europa erweisen. So sehnt man sich nach vier Jahren Bush und einer stiefmütterlichen Behandlung einiger europäischer Staaten, nach einem amerikanischen Präsidenten, der für europäische Interessen und Gefühle Verständnis hat. Auch glaubt man hierzulande, dass das ramponierte Verhältnis zwischen den USA und Deutschland durch einen Wahlsieg Kerrys wieder verbessert werden könne, weshalb er mit reichlich Vorschusslorbeeren bedacht wird.

Die großen Erwartungen, die von europäischer Seite mit einem Wahlsieg Kerrys verbunden werden, sind möglicherweise unbegründet, da sich die substantielle Ausrichtung amerikanischer Außenpolitik, selbst unter einem „europhilen“ und „liberalen“ Präsidenten John Kerry, nicht wesentlich verändern würden. Gerade das liberale Image des demokratischen Präsidentschaftskandidaten könnte sich als zentrales Hindernis in seiner politischen Gestaltungsfreiheit herausstellen, da er auch die neokonservativen Kräfte seines Landes für seine Politik muss. Es bleibt daher abzuwarten, ob die europäische Kerry-Euphorie nicht schon bald einer großen Ernüchterung weichen wird.

2. Kerry und Europa

Kerrys außenpolitischer Hintergrund unterscheidet ihn maßgeblich von dem Präsident Bushs. Durch seine langjährige Erfahrung als Senator im *Foreign Relations Committee* und im *Intelligence Committee* kennt er im Gegensatz zu Bush, der die Grundlagen der Außenpolitik erst erlernen musste, die Untiefen des außenpolitischen Geschäfts.

In seinem Wahlprogramm fordert er einen „progressive internationalism“, um das strapazierte Verhältnis zwischen den USA und den europäischen Verbündeten zu entspannen. Bush wirft er vor, durch eine arrogante und unilateralistische Außenpolitik die europäischen Verbündeten vor den Kopf gestoßen zu haben und für die Entfremdung zwischen Europa und den USA verantwortlich zu sein. Kerry möchte seine Politik mit den Verbündeten *zusammen* gestalten – nicht ohne sie. Nicht zuletzt wegen seiner Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs erweist er sich europäischen Interessen gegenüber aufgeschlossener als Präsident Bush.

Indessen muten Kerrys Äußerungen über Investitionen amerikanischer Unternehmen in Europa antieuropäisch an. So betont er immer wieder, dass seine Prioritäten in der Reform des Gesundheitswesens und in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit lägen, die insbesondere durch den Abbau von Steuervergünstigungen für Auslandsgewinne größerer Unternehmen geleistet werden soll, um verstärkte Anreize für Inlandsinvestitionen zu schaffen. Da Europa jedoch auf amerikanische Investoren angewiesen ist, könnte sich hier ein wirtschaftspolitischer Konflikt entwickeln.

Auf Kerrys offizieller Homepage www.johnkerry.com sucht man das Schlagwort „European Union“ zwar vergeblich, trotzdem könnte Kerry als „europhil“ bezeichnet werden. Dies lässt sich auch mit seiner Biographie begründen. In seiner Jugend besuchte Kerry europäische Schulen und lernte französisch. Zudem hat Kerry

familiäre Wurzeln in Europa. Sein Großvater wurde in Tschechien geboren, sein Cousin, Brice Lalonde, war Umweltminister im Kabinett von François Mitterrand.

3. Kerry der „Grüne“

Kerry wird in den USA als „liberal“ eingeordnet, was etwa den europäischen Vorstellungen von „links“ entspricht. Er setzt sich für umweltpolitische Maßnahmen in seinem Land ein und fordert weltweite Verbesserungen des Klimaschutzes, was in Europa die Hoffnung weckt, dass sich mit Kerry und einer Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls durch die USA eine klimapolitische Wende vollziehen könnte.

Tatsächlich hat sich Kerry im Senat für die Ausweitung umweltpolitischer Auflagen eingesetzt. Inzwischen sprach er sich jedoch ausdrücklich gegen eine Unterzeichnung des Kyoto-Abkommens aus, sollte er Präsident werden. Das Kyoto-Protokoll müsste vom Senat mit einer 2/3 Mehrheit angenommen werden – angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse im Kongress und der exorbitanten CO₂-Emissionsquote der USA – ein derzeit wohl hoffnungsloses Unterfangen, dessen sich Kerry bewusst ist.

4. Kerry und der Irak

Hochdekoriert aus dem Vietnamkrieg zurückgekehrt, setzte er sich an die Spitze der amerikanischen Vietnamkriegsgegner. Kerrys Kriegserfahrung und seine Wandlung zum Pazifisten konnten ihn dennoch nicht davon abhalten, als Senator von Massachusetts für den völkerrechtlich fragwürdigen Kriegseinsatz im Irak zu stimmen. Allerdings votierte er 1991 gegen den durch ein UN-Mandat legitimierten Golfkrieg. Zwar wird Kerry immer wieder als Kritiker des aktuellen Irakeinsatzes bezeichnet, seine Kritik richtet sich jedoch ausschließlich gegen die militärische und unilateralistische Vorgehensweise im Irak, nicht aber gegen den Krieg selbst.

Kerry plädiert für ein Engagement der NATO und anderer Staaten im Irak, um ein internationales Zeichen zu setzen und Befürchtungen eines amerikanischen Imperialismus zu zerstreuen. Mit dieser Forderung liegt Kerry eher auf Bushs Linie als auf der der Europäer. Gerade in Europa stößt ein NATO-Engagement auf Ablehnung, wo sich Befürchtungen, ebenfalls als Besatzungsmacht angesehen zu werden, durch den Folterskandal noch verstärkt haben. So lassen sich Kerrys multilaterale Vorschläge derzeit nicht mit der europäischen Zurückhaltung vereinbaren.

5. Kerry und der Nahe Osten

Kerry möchte an die Nahost-Politik von Clinton anknüpfen, den er als ehrlichen Vermittler zwischen den Fronten bezeichnet. Die USA stünden als Weltmacht in der Verantwortung und müssten eine entscheidende Rolle im Nahost-Friedensprozess übernehmen. In der Schaffung eines Palästinenserstaates sieht Kerry einen Weg, um die Krise im Nahen Osten zu entschärfen. Vor allem sei es notwendig, Friedensanreize für die Staaten des „Greater Middle East“ zu schaffen. Ausdrücklich wendet er sich aber gegen den Export westlicher Märkte und Ideologien in den Nahen Osten.

Zwar setzt sich Kerry für eine Friedensinitiative der USA im israelisch-palästinensischen Konflikt ein, er präsentiert jedoch kein eigenes Konzept. In der Beurteilung der Bush-Politik bleibt er widersprüchlich und inhaltlich unklar. In einem Interview begrüßte er zunächst die Vorschläge der Bush-Administration, Israel stärker zu unterstützen, um kurz darauf eine klare Positionierung der USA als kontraproduktiv abzulehnen. Ebenso wenig drängt es John Kerry zu eindeutigen Äußerungen über die europäischen Vermittlungsbemühungen im Nahost-Friedensprozess.

6. Prognose

Kerry bliebe im Falle eines Wahlsieges an das System der *checks and balances* gebunden, das heißt, er würde sich in wichtigen innen- und außenpolitischen Fragen die Zustimmung des republikanisch dominierten Kongresses erarbeiten müssen. Als liberaler Demokrat steht John Kerry unter republikanischem Generalverdacht „unamerikanisch“ und „unpatriotisch“ zu sein. Daher könnte er versucht sein, sich in außenpolitischen Fragen eher als „Hardliner“ zu profilieren, um für seine innenpolitischen Reformansätze konservative Zustimmung zu gewinnen.

Derartige Entwicklungen haben sich gerade in der jüngsten Vergangenheit gezeigt. Kerry hat sein sicherheitspolitisches Profil dadurch zu schärfen versucht, dass er die Präventivschlagdoktrin Bushs verteidigte und sich somit in einem der zentralen Streitpunkte zwischen Präsident Bush und Europa auf Bushs Seite gestellt hat. Außerdem lässt sich Kerrys unklare Haltung in vielen politischen Streifragen als Hintertür interpretieren, durch die er, je nach Stimmungslage, entweichen kann. Es ist zu erwarten, dass Kerry ebenso wie seine Vorgänger amerikanische "Realpolitik" betreiben wird. Dies könnte sich vor allem dann ungünstig auf die transatlantischen Beziehungen auswirken, wenn die Europäer die innenpolitischen Umstände, mit denen Kerry konfrontiert sein wird, nicht ausreichend berücksichtigen.

Sicherlich werden diplomatischer Stil und persönliche Umgangsform eine Regierung Kerry von der Bush-Administration unterscheiden, jedoch werden Themen wie die europäisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen, das Kyoto-Protokoll, die Nahost- oder Irakpolitik weiterhin für Konfliktstoff zwischen den transatlantischen Partner sorgen – auch wegen der Unnachgiebigkeit der Europäer. Abgesehen davon wird ein US-Präsident John Kerry Sonderwegsbemühungen und europäische Illoyalität entsprechend zu quittieren wissen – und das wenn nötig auch in Französisch.

Ihr Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung

Hauptabteilung Politik und Beratung:

Karl-Heinz Kamp

Koordinator Sicherheitspolitik

Wichmannstraße 7, 10907 Berlin

030/26996-510

Karl-Heinz.Kamp@kas.de